

809 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP

Bericht

des Finanz- und Budgetausschusses

über den Antrag (80/A) der Abgeordneten Dr. Michael Graff und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 26. Juni 1958 betreffend das Finanzstrafrecht und das Finanzstrafverfahrensrecht (Finanzstrafgesetz — FinStrG), BGBl. Nr. 129, geändert wird (Finanzstrafgesetznovelle 1984)

und
über die Regierungsvorlage (668 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Finanzstrafgesetz geändert wird (Finanzstrafgesetznovelle 1985)

Die Abgeordneten Dr. Michael Graff, Dr. Schlüssel und Genossen haben am 28. März 1984 den Antrag 80/A im Nationalrat eingebracht und ua. wie folgt begründet:

Aufsehenerregende Ereignisse aus Anlaß der Führung von Finanzstrafverfahren, vor allem aber ein tragischer Vorfall aus jüngster Zeit, gaben zu mannigfaltiger in der Öffentlichkeit erhobener Kritik an der praktischen Handhabung des Finanzstrafgesetzes durch die zu ihrer Anwendung berufenen Organe, aber auch zu einer kritischen Prüfung der einschlägigen Bestimmungen des Finanzstrafgesetzes Anlaß.

Zur Herstellung eines ausgewogeneren Verhältnisses zwischen dem strafrechtlichen Gehalt der Finanzvergehen und ihrer Sanktionen einerseits sowie den Rechten eines solcher Vergehen Beschuldigten und den gegen ihn möglichen Mitteln staatlichen Zwanges andererseits bedarf es daher einer Novellierung des Finanzstrafgesetzes mit folgenden Schwerpunkten:

- Reduzierung der Finanzvergehen, deren Ahndung den Gerichten zukommt.
- Vereinfachung des gerichtlichen Finanzstrafverfahrens durch Beseitigung der obligatorischen Schöffengerichtbarkeit.
- Beschränkung der Aufnahmen von gerichtlichen Verurteilungen in das Strafregister.

- Abschaffung der Freiheitsstrafe im verwaltungsbehördlichen Finanzstrafverfahren.
- Einführung der bedingten Strafnachsicht im verwaltungsbehördlichen Finanzstrafverfahren.
- Anordnung von Haus- bzw. Personendurchsuchung, Beschlagnahme und Festnahme auch im verwaltungsbehördlichen Finanzstrafverfahren nur durch einen Richter (Vorsitzenden des Spruchsenates).
- Haus- bzw. Personendurchsuchung nur über begründeten schriftlichen Befehl.
- Unbedingter Anspruch des Betroffenen auf Beiziehung von zwei Vertrauenspersonen zur Haus- bzw. Personendurchsuchung.
- Beiziehung eines Vertreters der Kammer der Wirtschaftstreuhänder, Rechtsanwälte bzw. Notare oder eines Vertreters der gesetzlichen beruflichen Interessenvertretung, welcher der Betroffene angehört, zur Hausdurchsuchung.
- Obligatorische Belehrung des anwaltlich nicht vertretenen Beschuldigten durch die Finanzstrafbehörde.
- Stärkerer Schutz des Bankgeheimnisses.
- Verbot der Verwertung von auf gesetzwidrige Weise erhobenen Beweismitteln.

Die Bundesregierung hat am 18. Juni 1985 dem Nationalrat den Entwurf einer Finanzstrafgesetznovelle 1985 (668 der Beilagen) vorgelegt, aus dessen Erläuterungen folgende Problemstellungen und Zielsetzungen zu entnehmen sind:

Der Verfassungsgerichtshof hat die Bestimmungen des Finanzstrafgesetzes über die Beschlagnahme von Beweismitteln aufgehoben, weil sie nicht der Europäischen Menschenrechtskonvention (MRK) entsprechen. Dabei ist der Verfassungsgerichtshof auch von der langjährigen Rechtsprechung abgegangen, daß der österreichische Vorbehalt zu Art. 5 MRK auch das Finanzstrafgesetz umfaßt. Daneben haben verschiedene parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen die Verbesserung des Rechtsschutzes und eine weitergehende Entkriminalisierung des Finanzstrafrechts

gefordert. Schließlich erwiesen sich einzelne Bestimmungen auf Grund von in der Rechtsanwendung gewonnenen Erfahrungen als verbesserungsbedürftig.

Die wesentlichen Zielsetzungen des Entwurfes lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Ausgestaltung des Strafverfahrens auf der Grundlage der Europäischen Menschenrechtskonvention.
- Ausdrückliche Verankerung der Unschuldsvermutung und des Zweifelsgrundsatzes („in dubio pro reo“) als allgemeine Verfahrensprinzipien.
- Zurückdrängung von (primären) Freiheitsstrafen (im verwaltungsbehördlichen Finanzstrafverfahren dürfen Freiheitsstrafen nur von den Senaten verhängt werden); keine Freiheitsstrafen bei Jugendlichen.
- Anhebung der für die Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Gerichten und Finanzstrafbehörden maßgebenden Wertgrenzen (bei Eingangsabgaben von 200 000 S auf 500 000 S; bei allen übrigen Abgaben von 500 000 S auf 1 Million Schilling).
- Anhebung der Wertgrenzen für die Zuständigkeit der Spruchsenate (bei Eingangsabgaben von 100 000 S auf 150 000 S; bei allen übrigen Abgaben von 200 000 S auf 300 000 S).
- Keine Anhebung des Höchstmaßes bei Geldstrafdrohungen, die nicht von Wertbeträgen abhängen; Anhebung der Mindestgeldstrafe auf 100 S.
- In schwierigen Fällen Beigabe eines Verteidigers für mittellose Beschuldigte.
- Anordnung von Festnahmen sowie von Haus- und Personendurchsuchungen durch den Spruchsenatsvorsitzenden (bisher durch den Vorstand der Finanzstrafbehörde).
- Verständigung eines Angehörigen und des Verteidigers eines Festgenommenen von der Festnahme.
- Beschränkung der Beschlagnahme von Beweismitteln bei Kreditunternehmungen und bei sonst zur Verschwiegenheit verpflichteten Personen.
- Absicherung von bestimmten Beweiserhebungsverboten durch Beweisverwertungsverbote.
- Neuregelung der Beziehung von Vertrauenspersonen bei Haus- und Personendurchsuchungen.
- Zwingende Bestimmungen für Niederschriften bei gewichtigen Amtshandlungen (Beschlagnahmen, Haus- und Personendurchsuchungen) bei Gefahr im Verzug.
- Einräumung einer dreitägigen Überlegungsfrist bei Abgabe von Rechtsmittelverzicht und Einspruchsverzicht.
- Bestimmungen über den Amtshilfeverkehr mit anderen Staaten.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den gegenständlichen Initiativantrag (80/A) in seiner Sitzung am 11. Oktober 1984 in Verhandlung genommen und am Beginn seiner Beratungen den Abgeordneten Dkfm. Dr. Steidl zum Berichterstatter für den Ausschuß gewählt. Sodann wurde nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Michael Graff und Dr. Veselsky beschlossen, zur Vorbehandlung des Gegenstandes einen Unterausschuß einzusetzen, der sich am selben Tage konstituierte. Diesem Unterausschuß gehörten von der Sozialistischen Partei Österreichs die Abgeordneten Mühlbacher (Obmann), Dr. Nowotny, Remplbauer, Dipl.-Vw. Tieber und Dr. Veselsky, von der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Ermacora, Dr. Michael Graff (Obmann-Stellvertreter), Koppensteiner und Dr. Schüssel sowie von der Freiheitlichen Partei Österreichs der Abgeordnete Mag. Kabas (Schriftführer) an. Dieser Unterausschuß behandelte zunächst am 31. Mai 1985 den Antrag 80/A.

Am 19. September 1985 gelangte die Regierungsvorlage 668 der Beilagen im Finanz- und Budgetausschuß zur Verhandlung, der nach Berichterstattung durch den Abgeordneten Kuba beschloß, die Vorbehandlung dieses Gegenstandes dem oben erwähnten Unterausschuß zu übertragen. Am 4. Dezember 1985 fand neuerlich eine Unterausschußsitzung statt, in der beide Vorlagen beraten wurden. Hierbei wurde über einen gemeinsamen Abänderungsvorschlag Einvernehmen erzielt.

Der Finanz- und Budgetausschuß nahm die folgenden Bemerkungen des Unterausschusses zu den vorgeschlagenen Abänderungen (die sich, soweit es sich nicht um Einfügungen handelt, auf die numerischen Bezeichnungen der Regierungsvorlage beziehen) einhellig zur Kenntnis.

Zur neuen Z 1 a im Art. I (§ 9):

Mit dem dem bisherigen Wortlaut des § 9 angefügten Satz soll verdeutlicht werden, daß auch eine andere Fehlleistung als ein Irrtum im engeren Sinne, dann, wenn sie entschuldbar ist, einen Schuldausschließungsgrund darstellt.

Zum Art. I Z 6 lit. b (§ 29 Abs. 3 lit. b):

Der Umstand, daß die Entdeckung der Tat unmittelbar bevorstand, wird nur im Zusammenhang mit der Verletzung von Zollvorschriften der Tatentdeckung gleichgestellt. Ferner wird sprachlich in eindeutigerer Weise als bisher zum Ausdruck gebracht, daß die Kenntnis des Täters in jedem der hier angesprochenen Fälle Voraussetzung für den Ausschluß einer strafbefreienden Selbstanzeige ist.

Zum Art. I Z 10 lit. b (§ 53 Abs. 4):

Im Falle sachlicher Konnexität kann es dazu kommen, daß ein bloß verwaltungsbehördlich zu ahndendes Finanzvergehen auch dann zum Gegenstand einer gerichtlichen Verurteilung wird, wenn der Beteiligte ausschließlich wegen dieses Verwaltungsdeliktes zur Verantwortung gezogen wird. Eine ähnliche Regelung findet sich im § 224 Abs. 2. Die bisher erfolgte Eintragung einer solchen Verurteilung ins Strafregister und die damit verbundenen nachteiligen Folgen einer „gerichtlichen“ Verurteilung sollen künftig entfallen. Von den Gerichten werden zufolge der in diesem Teilbereich bewirkten materiellen Derogation des § 2 Abs. 1 Z 1 des Strafregistergesetzes 1968, BGBl. Nr. 277, keine Strafkarten — bei Deliktmehrheit keine diese Verurteilung ausweisende Strafkarte — dem Strafregisteramt zu übersenden sein.

Zur neuen Z 14 a im Art. I (§ 68 Abs. 3):

Den Senaten, deren Laienbeisitzer von gesetzlichen Berufsvertretungen selbständiger Berufe entsendet sind, soll auch die Verfahrensführung bei Finanzvergehen von Vertretungsorganen juristischer Personen und von leitenden Angestellten obliegen.

Zu Art. I Z 23 lit. a (§ 89 Abs. 4):

Nach § 23 Abs. 2 Z 1 Kreditwesengesetz besteht die Verpflichtung zur Wahrung des Bankgeheimnisses nicht „im Zusammenhang mit gerichtlichen Strafverfahren gegenüber den Strafgerichten und mit Strafverfahren wegen vorsätzlicher Finanzvergehen, ausgenommen Finanzordnungswidrigkeiten, gegenüber den Finanzstrafbehörden“. Mit dieser Bestimmung im Kreditwesengesetz wird festgelegt, inwieweit einerseits die Kreditunternehmungen und deren Organe zur Geheimhaltung verpflichtet sind, und andererseits, in welchem Umfang die Finanzstrafbehörden berechtigt sind, Auskünfte usw. von den Kreditunternehmungen zu verlangen. Durch den in der Regierungsvorlage vorgeschlagenen neuen Abs. 3 lit. b des § 89 FinStrG wird festgelegt, wann Beweismittel, die grundsätzlich der Geheimhaltung unterliegen, beschlagnahmt werden dürfen. Zu dieser Bestimmung bringt der Abs. 4 des § 89 (in der Fassung der Regierungsvorlage) die Einschränkung, daß derartige Beweismittel nur dann in Beschlag genommen werden dürfen, wenn sie mit Verfahren, für welche das Bankgeheimnis gem. § 23 Abs. 2 Z 1 des genannten Gesetzes aufgehoben ist, unmittelbar zusammenhängen. Mit der vorgeschlagenen Änderung soll klargestellt werden, daß auch diese Finanzvergehen die Voraussetzungen des § 23 Abs. 2 Z 1 Kreditwesengesetz — nämlich daß es sich um ein vorsätzliches Finanzvergehen (ausgenommen Finanzordnungswidrigkeiten) handelt — erfüllen müssen.

Zum Art. I Z 24 (§ 93):

Durch die Neufassung des § 93 Abs. 1 soll festgelegt werden, daß der Durchsuchungsbefehl grundsätzlich zu Beginn der Durchsuchung in schriftlicher Ausfertigung vorzuliegen hat und dem Betroffenen zu diesem Zeitpunkt auch zuzustellen ist. Nur für die seltenen Ausnahmefälle, in welchen der Durchsuchungsbefehl vom Spruchsenatsvorsitzenden vorerst nur mündlich erteilt wurde, weil die Übermittlung der schriftlichen Ausfertigung an die die Durchsuchung vornehmenden Behördenorgane nicht abgewartet werden konnte, weil andernfalls der Erfolg der Durchsuchung gefährdet wäre (Gefahr im Verzug), soll die Zustellung des Durchsuchungsbefehles an den Betroffenen erst nach dem Beginn der Durchsuchung — spätestens jedoch innerhalb der nächsten 24 Stunden — möglich sein.

Mit der Neufassung des § 93 Abs. 4 soll verdeutlicht werden, daß Gefahr im Verzug im Sinne dieser Gesetzesstelle nur dann vorliegen kann, wenn auch ein mündlicher Befehl des Senatsvorsitzenden nicht eingeholt werden kann.

Zum Art. I Z 27 (§ 96):

Der Verfassungsgerichtshof hat im Verfahren B 605/84 beschlossen, die Verfassungsmäßigkeit der Bestimmung des § 93 Abs. 2 (betreffend die Vornahme von Hausdurchsuchungen) von Amts wegen zu prüfen, soweit sie die Wortfolge „oder die im Finanzstrafverfahren als Beweismittel in Betracht kommen“ enthält, weil die Bedenken, die er in seinem Erkenntnis vom 3. Dezember 1984, G 24, 50/83, hinsichtlich der Beschlagnahme (§ 89) geäußert hat, wohl auch auf den in Prüfung gezogenen Teil der Bestimmung des § 93 zutreffen. Eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes ist bisher nicht erfolgt, es ist aber zu erwarten, daß er auch die Wortfolge im § 93 Abs. 2 aus den zur Aufhebung der gleichlautenden Bestimmung bei der Beschlagnahme führenden Gründen aufheben wird.

Die Regierungsvorlage enthält zwar in den Z 24 bis 27 Vorschläge betreffend Änderungen der Bestimmungen über Hausdurchsuchungen, insbesondere dahin, daß die Durchführung einer Hausdurchsuchung künftig eines Befehles des Vorsitzenden des Spruchsenates (derzeit des Amtsvorstandes) bedarf. Dadurch ist insoweit bereits den Bedenken des Verfassungsgerichtshofes Rechnung getragen. Darüber hinaus könnte durch eine Neufassung des letzten Satzes im § 96 (Z 27 der Regierungsvorlage) eindeutiger, als dies in der Regierungsvorlage geschehen ist, klargestellt werden, daß alle Bestimmungen, welche sonst für die Beschlagnahme von Beweismitteln gelten, insbesondere die Bestimmung betreffend Beschlagnahmeverbote, auch für Beschlagnahmen bei Hausdurchsuchungen anzuwenden sind.

4

809 der Beilagen

Zum Entfall der Z 30 im Art. I:

Der Wegfall der Z 30 ist durch den Wegfall der Z 49 bedingt.

Zum Art. I Z 42 (§ 157):

Das Dirimierungsrecht des Vorsitzenden soll nicht nur bei der Entscheidung in der Hauptsache, sondern schlechthin beseitigt werden.

Zum Entfall der Z 49 im Art. I:

Die Amtshilfe betreffend Finanzvergehen soll zwischenstaatlichen Vereinbarungen, die auf die rechtlichen Gegebenheiten der Vertragspartner Bedacht nehmen können, vorbehalten bleiben.

Nach einem mündlichen Bericht durch den Unterausschußobmann über das einvernehmliche Beratungsergebnis des Unterausschusses hat der Finanz- und Budgetausschuß die beiden Gegenstände in seiner Sitzung am 4. Dezember 1985 in

Verhandlung genommen. Gemäß § 41 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Nationalrates wurde die Regierungsvorlage 668 der Beilagen der Debatte und Abstimmung zugrunde gelegt. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Michael Graff, Dr. Rieder und Mag. Kabas.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf in 668 der Beilagen in der Fassung der vom Unterausschuß vorgeschlagenen Abänderungen mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Es besteht Übereinstimmung darüber, daß damit der Initiativantrag 80/A als miterledigt zu betrachten ist.

Zum Berichterstatter für das Haus wurde Abgeordneter Kuba gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanz- und Budgetausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen. /

Wien, 1985 12 04

Kuba

Berichterstatter

Kurt Mühlbacher

Obmann

/

Bundesgesetz vom XXXXXXXX, mit dem das Finanzstrafgesetz geändert wird (Finanzstrafgesetznovelle 1985)

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Finanzstrafgesetz, BGBl. Nr. 129/1958, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 532/1984, wird wie folgt geändert:

1. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Der bisherige Wortlaut erhält die Absatzbezeichnung „(1)“.
 - b) Als Abs. 2 wird angefügt:

„(2) Bis zum gesetzlichen Nachweis seiner Schuld wird vermutet, daß der eines Finanzvergehens Verdächtige unschuldig ist.“

 - 1 a. Dem § 9 wird angefügt:

„Dem Täter wird Fahrlässigkeit auch dann nicht zugerechnet, wenn ihm bei der Tat eine entschuld-bare Fehlleistung unterliefe.“
2. § 14 Abs. 2 lautet:

„(2) Straffreiheit tritt nicht ein, wenn zum Zeit-punkt des Rücktritts vom Versuch

 - a) Verfolgungshandlungen (Abs. 3) gesetzt waren und dies dem Täter, einem anderen an der Tat Beteiligten oder einem Hehler bekannt war oder
 - b) anlässlich der Durchführung eines Zollverfah-rens bereits eine Erklärung über ein- oder auszuführende Waren abgegeben wurde.“
3. § 15 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 lautet:

„(1) Die Freiheitsstrafe beträgt mindestens einen Tag. Über Jugendliche (§ 7 Abs. 3) darf eine Freiheitsstrafe nicht verhängt werden.“
 - b) Abs. 3 lautet:

„(3) Bei Finanzvergehen, deren Ahndung nicht dem Gericht vorbehalten ist, darf eine Freiheitsstrafe nur in den Fällen des § 58 Abs. 2 lit. a ver-

hängt werden; sie darf das Höchstmaß von drei Monaten nicht übersteigen.“

4. Im § 16 lautet der erste Satz:

„Die Mindestgeldstrafe beträgt 100 S.“

5. Im § 24 Abs. 2 treten nach dem Wort „Geldstrafe“ anstelle des Beistriches und der Worte „der Strafe des Wertersatzes und der Freiheitsstrafe“ die Worte „und der Strafe des Wertersatzes“.

6. § 29 wird wie folgt geändert:

a) Im Abs. 2 zweiter Satz treten an die Stelle der Worte „ein Jahr“ die Worte „zwei Jahre“.

b) Im Abs. 3 lautet die lit. b):

„b) wenn zum Zeitpunkt der Selbstanzeige die Tat bereits ganz oder zum Teil entdeckt und dies dem Anzeiger bekannt war oder die Entdeckung einer Tat, durch die Zollvorschriften verletzt wurden, unmittelbar bevorstand und dies dem Anzeiger bekannt war, oder“

7. § 31 Abs. 5 lautet:

„(5) Die Strafbarkeit erlischt jedenfalls, wenn seit dem Beginn der Verjährungsfrist bei Finanzvergehen, für deren Verfolgung das Gericht zuständig ist, fünfzehn Jahre, bei Finanzvergehen, für deren Verfolgung die Finanzstrafbehörde zuständig ist, zehn Jahre verstrichen sind.“

8. Im § 33 Abs. 3 lautet die lit. a):

„a) wenn Abgaben, die bescheidmäßig festzusetzen sind, zu niedrig oder infolge Unkenntnis der Abgabenbehörde von der Entstehung des Abgabensanspruches nicht innerhalb eines Jahres ab dem Ende der gesetzlichen Erklärungsfrist (Anmeldefrist, Anzeigefrist) festgesetzt wurden,“

9. Im § 44 Abs. 2 lautet die lit. c):

„c) bei vorsätzlichen Eingriffen in das Tabakmonopol für Monopolgegenstände, für die ein Inlandverschleißpreis festgesetzt ist, nach diesem, für andere Monopolgegenstände nach dem Inlandverschleißpreis der nach Beschaffenheit und Qualität am nächsten kommenden Monopolgegenstände und, wenn ein solcher Vergleich nicht möglich ist, nach dem gemeinen Wert.“

10. § 53 wird wie folgt geändert:

a) Die Abs. 1 und 2 lauten:

„(1) Das Gericht ist zur Ahndung von Finanzvergehen zuständig,

- a) wenn sich die Strafe wegen erschwerender Umstände nach § 38 richtet,
- b) wenn das Finanzvergehen vorsätzlich begangen wurde und der Wertbetrag, nach dem sich die Strafdrohung richtet (strafbestimmender Wertbetrag), 1 Million Schilling übersteigt oder wenn die Summe der strafbestimmenden Wertbeträge aus mehreren zusammentreffenden vorsätzlich begangenen Finanzvergehen 1 Million Schilling übersteigt und alle diese Vergehen in die örtliche und sachliche Zuständigkeit derselben Finanzstrafbehörde fielen.

(2) Im Abs. 1 lit. b tritt an die Stelle des Wertbetrages von 1 Million Schilling der Wertbetrag von 500 000 S in den Fällen

- a) des Schmuggels und der Hinterziehung von Eingangs- oder Ausgangsabgaben (§ 35),
- b) der Abgabenhellerei nach § 37 Abs. 1 mit Sachen, hinsichtlich derer ein Schmuggel, eine Verzollungsumgehung oder eine Verkürzung von Eingangs- oder Ausgangsabgaben begangen wurde.“

b) Abs. 4 lautet:

„(4) Die Zuständigkeit des Gerichts zur Durchführung des Strafverfahrens gegen den Täter begründet auch dessen Zuständigkeit für die Durchführung des Strafverfahrens gegen die anderen vorsätzlich an der Tat Beteiligten. Wird jemand nach dieser Bestimmung ausschließlich wegen eines sonst in die Zuständigkeit der Finanzstrafbehörde fallenden Finanzvergehens rechtskräftig verurteilt, so sind mit dieser Verurteilung nicht die Folgen einer gerichtlichen Verurteilung, sondern nur die einer Ahndung durch die Finanzstrafbehörde verbunden; dies ist im Urteil festzustellen.“

c) Dem Abs. 7 wird angefügt:

„Die vorangegangene rechtskräftige Bestrafung ist bei der Bemessung der Geldstrafe und der Freiheitsstrafe angemessen zu berücksichtigen.“

11. § 57 Abs. 3 lautet:

„(3) Die Finanzstrafbehörde hat Personen, die nicht durch berufsmäßige Parteienvertreter vertreten sind, die zur Vornahme ihrer Verfahrenshandlungen nötigen Anleitungen zu geben und sie über die mit diesen Handlungen oder Unterlassungen unmittelbar verbundenen Rechtsfolgen zu belehren; diese Anleitungen und Belehrungen können auch mündlich erteilt werden, worüber erforderlichenfalls ein Aktenvermerk aufzunehmen ist.“

12. § 58 wird wie folgt geändert:

a) Im Abs. 2 lautet die lit. a:

„a) wenn sich die Strafe wegen Rückfalls nach den §§ 41 oder 47 richtet oder wenn der strafbestimmende Wertbetrag bei den im § 53 Abs. 2 bezeichneten Finanzvergehen 150 000 S, bei allen übrigen Finanzvergehen 300 000 S übersteigt,“

b) Als Abs. 3 wird angefügt:

„(3) Die Finanzstrafbehörden erster Instanz sind im Rahmen ihrer sachlichen Zuständigkeit auch zur Leistung von Amtshilfe zuständig, wenn die Amtshilfebehandlung in ihrem Amtsbereich oder in Ermangelung eines solchen im Bereich der ihnen übergeordneten Finanzlandesdirektionen vorzunehmen ist.“

13. § 59 Abs. 3 lautet:

„(3) Eine Finanzstrafbehörde erster Instanz, die von einer strafbaren Tat Kenntnis erlangt, ist im Rahmen der Bestimmungen über die sachliche Zuständigkeit der Finanzstrafbehörden zur Durchführung des Finanzstrafverfahrens zuständig, solange Gefahr im Verzug gegeben ist oder solange nicht ein Umstand hervorgekommen ist, der die ausschließliche Zuständigkeit einer anderen Finanzstrafbehörde erster Instanz begründet.“

14. Im § 62 Abs. 2 lautet die lit. b:

„b) wenn der Beschuldigte oder ein Nebenbeteiligter dies im Rechtsmittel begehrt.“

14 a. Im § 68 Abs. 3 wird nach dem zweiten Satz der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„gleiches gilt, wenn gegen ein Mitglied eines zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organs einer juristischen Person (§ 36 Abs. 3 Z 1 des Arbeitsverfassungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1974) oder gegen einen leitenden Angestellten (§ 36 Abs. 2 Z 2 des Arbeitsverfassungsgesetzes) wegen eines im Rahmen dieser Funktion begangenen Finanzvergehens verhandelt wird.“

15. § 70 Abs. 1 lautet:

„(1) Die Tätigkeit der Richter in den Spruchsenaten und in den Berufungssenaten stellt eine Nebentätigkeit im Sinne der dienstrechtlichen Vorschriften dar; hierfür gebührt den Richtern eine angemessene Vergütung. Die Bemessung der Vergütung obliegt den Finanzlandesdirektionen. Gegen die Bemessung der Vergütung ist nach Maßgabe der dienstrechtlichen Vorschriften die Berufung an das Bundesministerium für Finanzen zulässig.“

16. Im § 72 Abs. 1 lauten die lit. c und d:

„c) als Mitglieder eines Spruchsenates in jenen Strafsachen, in denen sie im Untersuchungsverfahren, insbesondere auch nach den §§ 85 Abs. 2, 86 Abs. 1, 89 Abs. 5 und 93 Abs. 1,

oder in dem damit im Zusammenhang stehenden Abgabeverfahren tätig waren;

- d) bei der Entscheidung über Rechtsmittel in jenen Strafsachen, in denen sie im Untersuchungsverfahren, insbesondere auch nach den §§ 85 Abs. 7, 87 Abs. 2, 89 Abs. 6 und 93 Abs. 7, oder in dem damit im Zusammenhang stehenden Abgabeverfahren tätig waren oder an der Erlassung des angefochtenen Erkenntnisses (Bescheides) mitgewirkt haben;“

17. Dem § 77 werden als Abs. 3 bis 7 angefügt:

„(3) Ist in Verfahren, in denen die Durchführung der mündlichen Verhandlung und die Fällung des Erkenntnisses gemäß § 58 Abs. 2 lit. a einem Spruchsenat obliegt, der Beschuldigte außerstande, ohne Beeinträchtigung des für ihn und seine Familie, für deren Unterhalt er zu sorgen hat, zu einer einfachen Lebensführung notwendigen Unterhalts die Kosten der Verteidigung zu tragen, so hat die Finanzstrafbehörde auf Antrag des Beschuldigten, wenn und soweit dies im Interesse der Rechtspflege, vor allem im Interesse einer zweckentsprechenden Verteidigung, erforderlich ist, dem Beschuldigten für das gesamte Verfahren oder für einzelne Verfahrenshandlungen einen Verteidiger beizugeben, dessen Kosten er nicht zu tragen hat.

(4) Ist ein Verteidiger beizugeben, so hat die Finanzstrafbehörde dies der Kammer der Wirtschaftstreuhand mitzuteilen, damit diese einen Wirtschaftstreuhand als Verteidiger bestelle. Von der Bestellung hat die Kammer die Finanzstrafbehörde zu verständigen. Die Kosten der Verteidigung trägt die Kammer.

(5) Mehreren Beschuldigten eines Verfahrens kann ein gemeinsamer Verteidiger beigegeben werden, doch ist für eine abgesonderte Verteidigung der Beschuldigten zu sorgen, bei denen sich ein Widerstreit der Interessen zeigt.

(6) Beantragt der Beschuldigte die Beigabe eines Verteidigers innerhalb einer für eine Verfahrenshandlung offenstehenden Frist, so beginnt diese Frist mit der Zustellung der Mitteilung, wen die Kammer als Verteidiger bestellt hat, oder des Bescheides, mit dem der Antrag abgewiesen wurde, von neuem zu laufen.

(7) Die Beigabe eines Verteidigers ist zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen des Abs. 3 nicht mehr gegeben sind oder wenn sich herausstellt, daß die seinerzeit angenommenen Voraussetzungen nicht gegeben waren.“

18. Im § 78 Abs. 2 entfällt im letzten Satz das Wort „nicht“.

19. Im § 82 wird dem Abs. 1 angefügt:

„Die Prüfung ist nach den für die Feststellung des maßgebenden Sachverhalts im Untersuchungsverfahren geltenden Bestimmungen vorzunehmen.“

20. § 85 wird wie folgt geändert:

a) Im Abs. 1 lautet die lit. d:

„d) wenn auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, er werde das ihm angelastete versuchte Finanzvergehen ausführen oder in unmittelbarer Folge ein weiteres gleichartiges Finanzvergehen begehen.“

b) Abs. 2 lautet:

„(2) Die Anordnung der Festnahme bedarf eines Bescheides des Vorsitzenden des Spruchsenates, dem gemäß § 58 Abs. 2 unter den dort vorgesehenen Voraussetzungen die Durchführung der mündlichen Verhandlung und die Fällung des Erkenntnisses obliegen würde. Auf Grund dieser Anordnung sind die hiefür vom Präsidenten der Finanzlandesdirektion bestellten Organe der Finanzämter sowie die Organe der Zollämter, der Zollwache und des öffentlichen Sicherheitsdienstes zur Festnahme der verdächtigen Person befugt. Der Bescheid muß sogleich bei der Festnahme oder doch innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Festgenommenen zugestellt werden.“

c) Dem Abs. 3 wird angefügt:

„Dem Festgenommenen sind die Gründe für die Festnahme und für die Annahme von Gefahr im Verzug mündlich bekanntzugeben.“

d) Als Abs. 6 und 7 werden angefügt:

„(6) Dem Festgenommenen ist ohne unnötigen Aufschub zu gestatten, einen Angehörigen sowie eine Person, die gemäß § 77 Abs. 1 als Verteidiger zugelassen ist, von der Festnahme zu verständigen; bestehen gegen eine Verständigung durch den Festgenommenen selbst Bedenken, so hat die Finanzstrafbehörde die Verständigung vorzunehmen. Ist bei Ausländern die Verständigung eines Angehörigen im Inland nicht möglich, so genügt die Unterrichtung ihrer konsularischen oder diplomatischen Vertretung. Der Angehörige eines Minderjährigen kann auch ohne dessen Zustimmung verständigt werden.

(7) Über Beschwerden gegen Bescheide nach Abs. 2 entscheidet der Vorsitzende des Berufungssenates, der über Rechtsmittel gegen Erkenntnisse des im Abs. 2 genannten Spruchsenates zu entscheiden hätte.“

21. Im § 86 Abs. 1 lautet die lit. c:

„c) das ihm angelastete versuchte Finanzvergehen ausführen (Ausführungsgefahr) oder in unmittelbarer Folge ein weiteres gleichartiges Finanzvergehen begehen (Begehungsgefahr).“

22. Dem § 87 Abs. 7 wird angefügt:

„Für die Behandlung der verwahrten oder verhafteten Personen in den Haftlokalen der Sicherheitsbehörden gelten die einschlägigen Bestimmungen des

Verwaltungsstrafgesetzes mit der Maßgabe, daß der Vollzug der Verwahrung und Untersuchungshaft so vorzunehmen ist, daß keine Verdunkelungsgefahr (§ 86 Abs. 1 lit. b) besteht.“

23. § 89 wird wie folgt geändert:

a) Die Abs. 1 bis 6 lauten:

„(1) Die Finanzstrafbehörde hat mit Bescheid die Beschlagnahme von verfallsbedrohten Gegenständen und von Gegenständen, die als Beweismittel in Betracht kommen, anzuordnen, wenn dies zur Sicherung des Verfalls oder zur Beweissicherung geboten ist. Der Bescheid ist dem anwesenden Inhaber des in Beschlag zu nehmenden Gegenstandes bei der Beschlagnahme zuzustellen; ist der Inhaber nicht anwesend, so ist der Bescheid nach § 23 des Zustellgesetzes zu hinterlegen.

(2) Bei Gefahr im Verzug sind neben den Organen der Finanzstrafbehörden auch die Organe der Abgabenbehörden, der Zollwache und des öffentlichen Sicherheitsdienstes berechtigt, die im Abs. 1 bezeichneten Gegenstände auch dann in Beschlag zu nehmen, wenn eine Anordnung der Finanzstrafbehörde nicht vorliegt. In diesem Fall sind dem anwesenden Inhaber die Gründe für die Beschlagnahme und für die Annahme von Gefahr im Verzug mündlich bekanntzugeben und in einer Niederschrift festzuhalten. Die beschlagnahmten Gegenstände sind, falls nicht nach § 90 Abs. 1 zweiter Satz vorgegangen wird, der zuständigen Finanzstrafbehörde abzuführen.

(3) Beweismittel, auf die sich eine gesetzlich anerkannte Pflicht zur Verschwiegenheit erstreckt, unterliegen bei dem zur Verschwiegenheit Verpflichteten der Beschlagnahme nur,

- a) soweit begründeter Verdacht besteht, daß dieser selbst Beteiligter, Fehler oder Begünstigender in bezug auf das Finanzvergehen ist, oder
- b) wenn es sich um Bücher oder Aufzeichnungen nach den §§ 124 bis 130 BAO oder um dazugehörige Belege oder um solche Gegenstände, welche zur Begehung des Finanzvergehens bestimmt waren oder diese erleichtert haben oder die aus dem Finanzvergehen herrühren, handelt.

(4) In den Fällen des Abs. 3 lit. b unterliegen bei berufsmäßigen Parteienvertretern Gegenstände, die zu deren Information hergestellt wurden, in keinem Fall der Beschlagnahme; bei Kreditunternehmungen unterliegen Gegenstände, die Geheimnisse im Sinne des § 23 Abs. 1 des Kreditwesengesetzes, BGBl. Nr. 63/1979, betreffen, der Beschlagnahme nur für solche vorsätzliche Finanzvergehen, ausgenommen Finanzordnungswidrigkeiten, die mit Finanzvergehen, für die das Bankgeheimnis gemäß § 23 Abs. 2 Z 1 des genannten Gesetzes aufgehoben ist, unmittelbar zusammenhängen.

(5) Behauptet der zur Verschwiegenheit Verpflichtete, daß die Voraussetzungen für eine Beschlagnahme nach Abs. 3 und 4 nicht vorliegen, oder ist er bei der Beschlagnahme nicht anwesend, so ist der Gegenstand ohne weitere Untersuchung unter Siegel zu nehmen und ohne Verzug dem Vorsitzenden des Spruchsenates vorzulegen, dem gemäß § 58 Abs. 2 unter den dort vorgesehenen Voraussetzungen die Durchführung der mündlichen Verhandlung und die Fällung des Erkenntnisses obliegen würde. Der Vorsitzende des Spruchsenates hat mit Bescheid festzustellen, ob die Beweismittel der Beschlagnahme unterliegen.

(6) Über Beschwerden gegen Bescheide nach Abs. 5 entscheidet der Vorsitzende des Berufungsenates, der über Rechtsmittel gegen Erkenntnisse des im Abs. 5 genannten Spruchsenates zu entscheiden hätte.“

b) Die bisherigen Abs. 3 bis 5 erhalten die Bezeichnung 7 bis 9.

24. § 93 lautet:

„§ 93. (1) Die Durchführung einer Hausdurchsuchung (Abs. 2) oder einer Personendurchsuchung (Abs. 3) bedarf eines mit Gründen versehenen Befehles des Vorsitzenden des Spruchsenates, dem gemäß § 58 Abs. 2 unter den dort vorgesehenen Voraussetzungen die Durchführung der mündlichen Verhandlung und die Fällung des Erkenntnisses obliegen würde. Die schriftliche Ausfertigung dieses Bescheides ist dem anwesenden Betroffenen bei Beginn der Durchsuchung zuzustellen. Ist der Betroffene nicht anwesend, so ist der Bescheid nach § 23 des Zustellgesetzes zu hinterlegen. Wurde jedoch der Befehl vorerst mündlich erteilt, weil die Übermittlung der schriftlichen Ausfertigung an die mit der Durchsuchung beauftragten Organe wegen Gefahr im Verzug nicht abgewartet werden konnte, so ist die Ausfertigung innerhalb der nächsten 24 Stunden zuzustellen.

(2) Hausdurchsuchungen, das sind Durchsuchungen von Wohnungen und sonstigen zum Hauswesen gehörigen Räumlichkeiten sowie von Wirtschafts-, Gewerbe- oder Betriebsräumen, dürfen nur dann vorgenommen werden, wenn begründeter Verdacht besteht, daß sich darin eine eines Finanzvergehens, mit Ausnahme einer Finanzordnungswidrigkeit, verdächtige Person aufhält oder daß sich daselbst Gegenstände befinden, die voraussichtlich dem Verfall unterliegen oder die im Finanzstrafverfahren als Beweismittel in Betracht kommen.

(3) Personen dürfen nur dann durchsucht werden, wenn hohe Wahrscheinlichkeit für die Innehabung von Gegenständen der in Abs. 2 bezeichneten Art spricht oder die zu durchsuchende Person eines Finanzvergehens verdächtig ist.

(4) Ist wegen Gefahr im Verzug weder die Einholung eines schriftlichen noch eines mündlichen

Befehles gemäß Abs. 1 möglich, so stehen die im Abs. 2 und 3 geregelten Befugnisse den im § 89 Abs. 2 genannten Organen ausnahmsweise auch ohne Befehl zu. In diesem Fall sind dem anwesenden Betroffenen die Gründe für die Durchsuchung und für die Annahme von Gefahr im Verzug mündlich bekanntzugeben und in einer Niederschrift festzuhalten.

(5) Auf Verlangen des Betroffenen sind der Hausdurchsuchung oder Personendurchsuchung bis zu zwei von ihm namhaft gemachte Personen seines Vertrauens, die nicht der gleichen oder einer damit im Zusammenhang stehenden Straftat verdächtig sind, zuzuziehen. Bei einer Durchsuchung in Abwesenheit des Betroffenen ist, wenn dieser nicht selbst Wohnungsinhaber ist, der Wohnungsinhaber, in dessen Abwesenheit ein Wohnungsgenosse, berechtigt, die Zuziehung der Vertrauenspersonen zu verlangen. Mit der Durchsuchung ist bis zum Eintreffen der Vertrauenspersonen zuzuwarten, sofern hiedurch nicht die Amtshandlung unangemessen verzögert oder ihr Erfolg gefährdet wird. Vertrauenspersonen haben sich jeder Einmischung in eine Hausdurchsuchung oder Personendurchsuchung zu enthalten, widrigenfalls sie entfernt werden können.

(6) Über das Ergebnis der Durchsuchung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Dem Betroffenen ist auf sein Verlangen sogleich oder doch binnen der nächsten 24 Stunden eine Bescheinigung über die Vornahme der Durchsuchung, deren Gründe und deren Ergebnis auszufolgen.

(7) Über Beschwerden gegen Bescheide nach Abs. 1 entscheidet der Vorsitzende des Berufungssenates, der über Rechtsmittel gegen Erkenntnisse des im Abs. 1 genannten Spruchsenates zu entscheiden hätte.“

25. § 94 Abs. 2 lautet:

„(2) Dem Betroffenen ist vor Beginn der Durchsuchung Gelegenheit zu geben, das Gesuchte herauszugeben oder sonst die Gründe für die Durchsuchung zu beseitigen. Hievon kann abgesehen werden, wenn Gefahr im Verzug ist.“

26. § 95 lautet:

„§ 95. Zur Personendurchsuchung ist die zu durchsuchende Person auf ihr Verlangen der Finanzstrafbehörde erster Instanz, dem nächsten Finanzamt (Zollamt, Zollwachabteilung) oder der nächsten Sicherheitsdienststelle vorzuführen. Diese Vorführung hat stets einzutreten, wenn die Herausgabe der am Körper oder in der Kleidung verborgenen Gegenstände oder die Vornahme der Durchsuchung am Betretungsort unzulässig erscheint. Personen dürfen nur von Personen desselben Geschlechts und nicht im Beisein von Personen des anderen Geschlechts durchsucht werden. § 94 Abs. 2 gilt sinngemäß.“

27. § 96 lautet:

„§ 96. Werden die gesuchten Beweismittel vorgefunden, so sind sie zu beschlagnahmen, ohne daß es hierzu einer besonderen Anordnung bedarf. Andere Beweismittel, die auf die Begehung eines Finanzvergehens schließen lassen, sind nur dann in Beschlag zu nehmen, wenn Gefahr im Verzug ist. Im übrigen sind die für Beschlagnahmen geltenden Bestimmungen anzuwenden.“

28. § 98 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 lautet:

„(1) Als Beweismittel im Finanzstrafverfahren kommt unbeschadet des Abs. 4 alles in Betracht, was zur Feststellung des maßgebenden Sachverhalts geeignet und nach der Lage des einzelnen Falles zweckdienlich ist.“

b) Im Abs. 3 tritt an die Stelle des Punktes ein Strichpunkt und es wird angefügt:

„bleiben Zweifel bestehen, so darf die Tatsache nicht zum Nachteil des Beschuldigten oder der Nebenbeteiligten als erwiesen angenommen werden.“

c) Als Abs. 4 wird angefügt:

„(4) Beweismittel, die unter Verletzung der Bestimmungen des § 84 Abs. 2 erster und letzter Satz, des § 89 Abs. 3, 4, 8 oder 9, des § 103 lit. a bis c oder des § 106 Abs. 2 gewonnen wurden, dürfen zur Fällung des Erkenntnisses (der Strafverfügung) zum Nachteil des Beschuldigten oder der Nebenbeteiligten nicht herangezogen werden.“

29. § 106 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 lautet:

„(2) Zeugen dürfen, abgesehen von Zwangsstrafen, zur Beantwortung der an sie gestellten Fragen nicht gezwungen werden.“

b) Der bisherige Abs. 2 erhält die Bezeichnung „(3)“.

30. § 125 wird wie folgt geändert:

a) Im Abs. 2 treten an die Stelle der Beträge von 100 000 S und 200 000 S die Beträge von 150 000 S und 300 000 S.

b) Dem Abs. 3 wird als letzter Satz angefügt:

„Von der Durchführung einer mündlichen Verhandlung kann abgesehen werden, wenn das Verfahren einzustellen ist.“

31. Im § 127 Abs. 2 lit. b, im § 134, im § 208 und im § 213 Abs. 1 lit. b wird jeweils das Zitat „§ 251“ durch das Zitat „§ 48 a BAO“ ersetzt.

32. § 127 Abs. 7 wird wie folgt geändert:

a) An die Stelle des Betrages von 500 S tritt der Betrag von 2 000 S.

10

809 der Beilagen

b) An die Stelle des Satzes „Gegen die Ordnungsstrafe ist ein Rechtsmittel nicht zulässig.“ tritt der Satz „Wird die Ordnungsstrafe vom Vorsitzenden des Spruchsenates verhängt, ist ein Rechtsmittel nicht zulässig.“

c) Der Satz „Die Ordnungsstrafe ist sofort fällig.“ entfällt.

33. Im § 128 Abs. 3 lautet der erste Satz:

„Auf Antrag des Beschuldigten sind bei der mündlichen Verhandlung jene im Untersuchungsverfahren aufgenommenen Beweise, bei deren Aufnahme er nicht zugegen war, in seiner Anwesenheit zu wiederholen.“

34. Im § 142 Abs. 1 entfällt der letzte Satz.

35. § 145 wird wie folgt geändert:

a) Dem Abs. 3 wird angefügt:

„Wurde der Verzicht nicht von einem berufsmäßigen Parteienvertreter oder im Beisein eines solchen abgegeben, so kann er binnen drei Tagen schriftlich oder zur Niederschrift widerrufen werden.“

b) Abs. 5 lautet:

„(5) Ist ein Einspruch nicht mehr zulässig, so hat die Strafverfügung die Wirkung eines rechtskräftigen Erkenntnisses.“

36. § 146 wird wie folgt geändert:

a) Im ersten Satz des Abs. 1 tritt an die Stelle des Betrages von 4 000 S der Betrag von 8 000 S.

b) Abs. 2 lautet:

„(2) Als geringfügige Finanzvergehen gelten:

- a) Finanzordnungswidrigkeiten,
- b) die Finanzvergehen nach den §§ 33 bis 37, § 44 Abs. 1 lit. c, §§ 45 und 46, wenn der strafbestimmende Wertbetrag oder die Summe der strafbestimmenden Wertbeträge (§ 53 Abs. 1 lit. b) 4 000 S nicht übersteigt.“

37. § 150 Abs. 3 lautet:

„(3) Das Rechtsmittel ist bei der Behörde einzubringen, die das angefochtene Erkenntnis (den Bescheid) erlassen hat. Das Rechtsmittel kann jedoch auch bei der zur Entscheidung über das Rechtsmittel zuständigen Finanzstrafbehörde zweiter Instanz eingebracht werden. Die Einbringung bei einer anderen Stelle gilt, sofern nicht § 140 Abs. 4 anzuwenden ist, nur dann als rechtzeitig, wenn das Rechtsmittel noch vor Ablauf der Rechtsmittelfrist einer der zuständigen Behörden zukommt.“

38. § 151 Abs. 2 lautet:

„(2) Die rechtzeitig eingebrachte Berufung hat aufschiebende Wirkung, ausgenommen in den Fällen der gemäß § 142 Abs. 1 wegen Fluchtgefahr verhängten Haft.“

39. Im § 152 Abs. 2 letzter Satz tritt an die Stelle des Punktes ein Strichpunkt und es wird angefügt:

„bei Bescheiden eines Spruchsenatsvorsitzenden entscheidet dieser über den Antrag.“

40. Dem § 154 wird angefügt:

„Wurde der Verzicht nicht von einem berufsmäßigen Parteienvertreter oder im Beisein eines solchen abgegeben, so kann er binnen drei Tagen schriftlich oder zur Niederschrift widerrufen werden.“

41. § 157 lautet:

„§ 157. Auf das Rechtsmittelverfahren sind die Bestimmungen der §§ 60, 115, 117 Abs. 2, 119 bis 123, 125 Abs. 1 und 2 und 126 bis 130 und 132 bis 136 sinngemäß anzuwenden. Die Bestimmung des § 131 ist mit der Maßgabe sinngemäß anzuwenden, daß die Laienbeisitzer ihre Stimmen in alphabetischer Reihenfolge abgeben und daß bei Stimmengleichheit die dem Beschuldigten günstigere Meinung den Ausschlag gibt.“

42. § 159 lautet:

„§ 159. Die Bestellung des Amtsbeauftragten nach § 124 Abs. 2 gilt auch für das Verfahren vor dem Berufungssenat. Der Amtsbeauftragte kann aber auch, insbesondere in den Fällen des § 62 Abs. 2 lit. b, von der Finanzlandesdirektion, bei der der Berufungssenat gebildet ist, bestellt werden.“

43. § 165 wird wie folgt geändert:

a) Im Abs. 3 entfällt der letzte Satz.

b) Im Abs. 4 tritt an die Stelle des Strichpunktes ein Punkt; der letzte Halbsatz entfällt.

44. § 171 wird wie folgt geändert:

a) Im Abs. 1 lautet der zweite Satz:

„Tritt die Fälligkeit an einem Samstag, Sonntag, gesetzlichen Feiertag, Karfreitag oder 24. Dezember ein, so gilt als Fälligkeitstag der nächste Tag, der nicht einer der vorgenannten Tage ist.“

b) Als Abs. 5 wird angefügt:

„(5) Für die Fälligkeit von Zwangs- und Ordnungsstrafen gelten die Bestimmungen der Bundesabgabenordnung.“

45. Im § 172 Abs. 1 lautet der erste Satz:

„Die Einhebung, Sicherung und Einbringung der Geldstrafen und Wertersatzes sowie der Zwangs- und Ordnungsstrafen und die Geltendmachung der Haftung obliegt den Finanzstrafbehörden erster Instanz.“

46. Im § 173 lautet der letzte Satz:

„Stirbt der Bestrafte nach Rechtskraft des Erkenntnisses (der Strafverfügung), so geht die Verbindlichkeit zur Entrichtung von Geldstrafen, Wertersatzes und Kosten nicht auf die Erben über.“

47. Im § 184 tritt an die Stelle des Wortes „Freiheitsstrafe“ das Wort „Ersatzfreiheitsstrafe“ und es entfällt der Klammerausdruck.

48. § 197 Abs. 5 lautet:

„(5) Für die Durchführung von Verhaftungen (Vorführungen), Beschlagnahmen, Hausdurchsuchungen und Personendurchsuchungen über richterlichen Befehl gelten die Bestimmungen der Strafprozeßordnung; im übrigen gelten für das Verfahren bei den Amtshandlungen der Finanzstrafbehörden, der Zollämter, der Zollwache und ihrer Organe die Bestimmungen über das verwaltungsbehördliche Finanzstrafverfahren.“

49. § 207 a wird wie folgt geändert:

a) Abs. 7 lautet:

„(7) Folgt eine einstweilige Verfügung gemäß § 54 Abs. 2 auf eine Sicherstellungsmaßnahme der Finanzstrafbehörde, so bleibt deren Rangordnung für die gerichtliche Sicherung gewahrt.“

b) Die bisherigen Abs. 7 bis 9 erhalten die Bezeichnung 8 bis 10.

50. Nach dem § 228 wird folgende Bestimmung eingefügt:

„Zu § 393 a

§ 228 a. Wird der Angeklagte lediglich wegen Unzuständigkeit der Gerichte zur Ahndung eines Finanzvergehens freigesprochen, so gilt für den Ersatzanspruch § 393 a Abs. 2 StPO dem Sinne nach.“

51. Der § 251 und die Überschrift vor § 251 lauten:

„Verletzung der abgabenrechtlichen Geheimhaltungspflicht

§ 251. (1) Wer als Beamter (§ 74 Z 4 StGB) oder als ehemaliger Beamter die abgabenrechtliche Geheimhaltungspflicht verletzt (§ 48 a Abs. 2 BAO), ist, wenn die Tat nicht nach einer anderen Bestimmung mit strengerer Strafe bedroht ist, vom Gericht nach § 310 StGB zu bestrafen.

(2) Vor der Entscheidung, ob die Offenbarung oder Verwertung im zwingenden öffentlichen Interesse gelegen war (§ 48 a Abs. 4 lit. b BAO), hat das Gericht das Bundesministerium für Finanzen zu hören.“

52. § 252 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 lautet:

„(1) Wer, ohne Beamter oder ehemaliger Beamter zu sein, die abgabenrechtliche Geheimhaltungs-

pflcht verletzt (§ 48 a Abs. 3 BAO), ist vom Gericht nach § 121 Abs. 1 StGB zu bestrafen.“

b) Abs. 3 lautet:

„(3) § 251 Abs. 2 ist anzuwenden.“

Artikel II

§ 1. Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Jänner 1986 in Kraft.

§ 2. (1) Die Bestimmungen des Ersten Abschnittes des Finanzstrafgesetzes sind, soweit sie durch dieses Bundesgesetz geändert werden, in der geänderten Fassung auf Taten anzuwenden, die nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes begangen worden sind. Auf früher begangene Taten sind sie dann anzuwenden, wenn die Bestimmungen, die zur Zeit der Tat gegolten haben, für den Täter in ihrer Gesamtauswirkung nicht günstiger waren.

(2) Die im Abs. 1 genannten Bestimmungen in der Fassung dieses Bundesgesetzes sind, soweit im Abs. 3 nicht anderes bestimmt wird, in Strafsachen nicht anzuwenden, in denen vor ihrem Inkrafttreten die das Verfahren erster Instanz abschließende Entscheidung ergangen ist. Nach Aufhebung einer solchen Entscheidung infolge eines Rechtsmittels, eines Einspruches oder einer Wiederaufnahme des Strafverfahrens ist jedoch nach Abs. 1 vorzugehen.

(3) Vor dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes über Jugendliche verhängte Freiheitsstrafen sind nicht zu vollziehen.

§ 3. (1) Soweit Bestimmungen des Zweiten Abschnittes des Finanzstrafgesetzes durch dieses Bundesgesetz geändert werden und im Abs. 2 nicht anderes bestimmt wird, sind sie in der geänderten Fassung auf Verfahren anzuwenden, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes anhängig sind oder nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens anhängig werden.

(2) Die Änderungen der sachlichen Zuständigkeit der Gerichte und Finanzstrafbehörden durch dieses Bundesgesetz haben auf bereits anhängige Strafverfahren keinen Einfluß.

Artikel III

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind der Bundesminister für Finanzen und der Bundesminister für Justiz entsprechend ihrem Wirkungsbereich, hinsichtlich des Art. I Z 20 und 22 bis 27 auch der Bundesminister für Inneres betraut.